

1  
2  
1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51

Einstimmig beschlossen auf der Kreismitgliederversammlung von Bündnis90/Die Grünen  
Kreisverband Saarbrücken am 15.12.2016 im Ratskeller, Saarbrücken

## **Für eine effiziente und bürgernahe Verwaltung im Großraum Saarbrücken**

### **Verwaltung am Bürger ausrichten – Verkrustete Strukturen aufbrechen – Zukunftsdenken statt Kirchturmdenken**

Laut der aktuellen Prognos-Studie 'Zukunftsatlas 2016', die die Zukunftschancen und -risiken aller 402 Kreise und kreisfreien Städte Deutschlands ermittelt, gehört der Regionalverband zu den größten Verlierern seit Erstellung dieses Rankings. Im Vergleich zu 2004 hat er 130 Plätze eingebüßt und belegt inzwischen nur noch Platz 319 von 402.

Die schlechte Situation des Regionalverbands liegt auch an der hiesigen mangelhaften Verwaltungsstruktur. Der Kompetenzdschungel, die Parallelstrukturen und der ineffiziente Wettbewerb im Regionalverband fressen knappe Ressourcen und bremsen den Regionalverband in seiner Entwicklung.

Wir Grüne wollen endlich echte Reformen der Verwaltungsstruktur, die die Kommunen des Regionalverbands aus ihrer Abwärtsspirale herausholen und dem Regionalverband in Gänze neue Perspektiven eröffnen. Wir wollen eine Verwaltungsstruktur, die zugleich effizient und zukunftsfähig sowie bürgernah ist.

### **Einsparpotentiale verwirklichen**

Die saarländischen Kommunen weisen im Ländervergleich die mit Abstand höchsten Gesamtschulden je Einwohner auf. Auch bei ausschließlicher Betrachtung der Höhe der Liquiditätskredite nehmen die saarländischen Kommunen einen traurigen Spitzenplatz ein. Das heißt: Laufende Ausgaben für Personal und Soziales werden kreditfinanziert. Insgesamt, so hat Prof. Junkernheinrich im vergangenen Jahr errechnet, drückt die saarländischen Kommunen ein strukturelles Defizit von 160 Mio. Euro. Hinzu kommt, dass das Land, das sich selbst in einer desaströsen finanziellen Lage befindet, sich teilweise auf dem Rücken der kommunalen Ebene saniert, um die Schuldenbremse einzuhalten.

Wir Grüne streben einen ausgeglichenen Haushalt an. Schuldenbegrenzung ist für uns aber kein Selbstzweck. Sie ist ein Mittel zur Herstellung von Generationengerechtigkeit. An diesem Ziel müssen sich alle Maßnahmen messen lassen. Das bedeutet: Sobald Konsolidierungsmaßnahmen zu einem Zerfall von Infrastruktur führen oder notwendige Zukunftsinvestitionen wie beispielsweise im Bildungsbereich unterbleiben, sind sie aus unserer Sicht ungeeignet. Denn beides führt zu höheren Kosten in der Zukunft und läuft

3

4

52 dem eigentlichen Ziel der Schuldenbegrenzung zuwider. Das starre  
53 Neuverschuldungsverbot, wie es derzeit in Deutschland im Grundgesetz verankert ist,  
54 vernachlässigt diesen Aspekt und es führt in Fällen von Gebietskörperschaften mit  
55 hohen Altschulden, die einen Großteil der Einnahmen auffressen, dazu, dass an  
56 zentralen Zukunftsbereichen gespart wird. Vor diesem Hintergrund lehnen wir auch die  
57 gesetzliche Übertragung des Neuverschuldungsverbots vom Land auf die Kommunen,  
58 wie es CDU und SPD jüngst beschlossen haben, ab. Ein Neuverschuldungsverbot wäre  
59 daher nur dann vertretbar, wenn die Altschuldenfrage gelöst wäre und aus den  
60 Einnahmen genügend Spielraum für Investitionen in Zukunftsbereiche verbliebe.

61

62 Für uns Grüne ist klar: Reformen hin zu einer effizienten Verwaltung werden die  
63 Finanzprobleme der Kommunen im Regionalverband alleine nicht lösen können. Das  
64 darf aber nicht bedeuten, dass mögliche Einsparpotentiale durch eine effizientere  
65 Verwaltung vernachlässigt werden dürften. Im Gegenteil: Sie gehören zu den  
66 Einsparpotentialen, die verwirklicht werden können und sollen, weil sie nicht mit  
67 Nachteilen für die Bürgerinnen und Bürger verbunden sein müssen. Sie schaffen  
68 Spielräume zur Erbringung von Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger. Darüber  
69 hinaus ist eine effiziente Verwaltung Grundvoraussetzung für einen ausgeglichenen  
70 Haushalt in der Zukunft.

71

72

### 73 **Verwaltungsstrukturreform von 2007 ist gescheitert**

74

75 Schon die Gebiets- und Verwaltungsreform aus dem Jahr 1974 mit ihrer Etablierung des  
76 Stadtverbands sollte die Verschuldung der ihm angehörenden Kommunen eindämmen  
77 und zu einer besseren Zusammenarbeit der Kommunen im Regionalverband führen.  
78 Was die damalige Reform nicht geschafft hat, hat die Verwaltungsreform von 2007 mit  
79 der Umwidmung des Stadtverbands in den Regionalverband und der Hochzonung  
80 einzelner Aufgaben von der kommunalen auf die Landesebene erst recht nicht erreicht.  
81 Denn Fakt ist: Die Verschuldung der Kommunen und die Regionalverbandsumlage sind  
82 in den vergangenen Jahren exorbitant gewachsen. Darüber hinaus hat die Reform nicht  
83 zu mehr Bürgernähe, sondern zu mehr Verwirrung über die Zuständigkeiten geführt.

84

85 Mit Blick auf die damaligen Veränderungen der Verwaltungsstruktur des  
86 Regionalverbands kann das nicht verwundern. Statt echte Reformen durchzusetzen, hat  
87 man sich für den kleinsten gemeinsamen Nenner von CDU und SPD entschieden. Der  
88 Stadtverband wurde umbenannt in Regionalverband und der damalige Planungsrat  
89 wurde umgewidmet in den verfassungsrechtlich umstrittenen Kooperationsrat. Im  
90 Vergleich zum Planungsrat wurden dem neuen Kooperationsrat einige überregionale  
91 Kompetenzen zugeschrieben, was zu einer verbesserten Zusammenarbeit der  
92 Kommunen im Regionalverband führen sollte. Allerdings bestehen bis heute selbst bei  
93 Mitgliedern des Kooperationsrates große Fragezeichen darüber, was der  
94 Kooperationsrat überhaupt ist, wie er sich zusammensetzt, wie er entscheidet und  
95 welche Aufgaben und Kompetenzen er hat. Was teilweise für die Mitglieder des  
96 Kooperationsrates gilt, gilt erst recht für einen Großteil der Bevölkerung. Allein daher  
97 rührt schon ein demokratisches Defizit des heutigen Kooperationsrates.

98

99 Dass dieser damalige Kompromiss zwischen CDU und SPD seine Ziele verfehlt hat und  
100 nicht zu einem Mehr an Effizienz geführt hat, belegt auch Prof. Hesse in seinem  
101 Gutachten zur Verwaltungsstruktur im Regionalverband (2012). Er stellt fest, dass  
102 Doppelarbeiten und Parallelstrukturen in der Landeshauptstadt Saarbrücken und dem  
103 Regionalverband im Vergleich zu anderen Verdichtungsräumen der Bundesrepublik  
104 überausgeprägt sind. Der Kooperationsrat ist auch aus seiner Sicht weitestgehend

5

6

105 gescheitert. So seien im Rahmen der Flächennutzungsplanung einzelgemeindliche  
106 Interessen dominant und eine Ausweitung der Kooperation auf weitere Aufgabenfelder  
107 neben der Flächennutzungsplanung sei nahezu ausgeschlossen.

108  
109 Auch wenn es Regionalverbandsdirektor Peter Gillo (SPD) jüngst erneut öffentlich  
110 bestritten hat: Es gibt viele Beispiele für ineffiziente Parallelstrukturen und  
111 undurchsichtige Zuständigkeiten zwischen dem Regionalverband und seinen  
112 Kommunen. Zu nennen sind u.a. drei untere Bauaufsichtsbehörden, zwei  
113 Rechenzentren, ein Kompetenzdschungel im ÖPNV, zwei Waffenbehörden, zehn  
114 hauptamtliche Bürgermeister bzw. Oberbürgermeister, zwei Wirtschafts- und  
115 Tourismusförderungen sowie unterschiedliche Zuständigkeiten zwischen dem  
116 Regionalverband und seinen Kommunen bei Angelegenheiten des Jugendamts und bei  
117 der Schulträgerschaft.

118

119

## 120 **Durch eine dezentrale Großstadt Zukunft schaffen**

121

122 Wir wollen die Parallelstrukturen und den Kompetenzdschungel im Regionalverband  
123 auflösen und Problemlösungen aus einer Hand sicherstellen. Die teilweise stattfindende  
124 oder geplante Kooperation zwischen Kommunen zur gemeinsamen Aufgabenerfüllung  
125 ist nur halbherzig und führt dort, wo sie angestrebt ist, weder zu einem Mehr an  
126 Durchsichtigkeit noch zu einem Mehr an Bürgernähe. Stattdessen wollen wir das  
127 undurchsichtige und ineffiziente Nebeneinander von Zuständigkeiten bei  
128 Regionalverband und den Kommunen des Regionalverbands durch eine gemeinsame  
129 Verwaltung für alle Kommunen ersetzen. So wollen wir den Regionalverband mit der  
130 Landeshauptstadt Saarbrücken und den weiteren, dem Regionalverband zugehörigen  
131 Kommunen zu einer dezentralen Großstadt Saarbrücken fusionieren.

132

133 Wir brauchen nicht in jeder Gemeinde für alles ein eigenes Amt mit einem eigenen  
134 Amtsleiter und eigener Infrastruktur. Auch gibt es viele kommunale Aufgaben, mit denen  
135 die Bürgerinnen und Bürger vor Ort nicht unmittelbar zu tun haben und die deshalb  
136 zusammengefasst werden können, ohne dass dies mit einem Verlust an Bürgernähe  
137 einhergehen würde. Wir wollen eine einheitliche Verwaltung für Aufgaben, die besser  
138 einheitlich erledigt werden. Hierzu sollen die bisherigen Verwaltungen des  
139 Regionalverbands, der Landeshauptstadt Saarbrücken und der anderen Kommunen des  
140 Regionalverbands in einer neuen gemeinsamen Verwaltung aufgehen.

141

142 Diese Fusion des Regionalverbands und seiner Kommunen zu einer Großstadt bedeutet  
143 nicht, dass jegliche Verwaltung räumlich ihren Sitz in Saarbrücken haben muss.  
144 Stattdessen soll sich die neue gemeinsame Verwaltung räumlich auf die Großstadt  
145 verteilen. Die Fusion bedeutet im Übrigen auch nicht, dass die Bürgernähe verloren  
146 geht. Im Gegenteil: Die neue Großstadt Saarbrücken soll dezentral und bürgernah sein.

147

148 *Eine dezentrale Großstadt ist bürgernäher*

149

150 Bei kommunalen Aufgaben mit direkten Berührungspunkten zu den Bürgerinnen und  
151 Bürgern wollen wir die Bürgernähe im Vergleich zu heute stärken. Die bestehenden  
152 Rathäuser sollen als Anlaufstellen erhalten, aufgewertet und verbessert werden. Sie  
153 sollen in allen Belangen der Bürgerinnen und Bürger die erste Adresse sein, als  
154 moderne Servicecenter wichtige Leistungen vorhalten und in Aufgaben, die sie nicht  
155 vorhalten als Vermittler zur Verfügung stehen.

156

157 Um in allen Außenstellen möglichst alle – auch spezialisierte – Dienstleistungen

7

8

158 anzubieten, ist die Unterstützung und Vernetzung durch die Nutzung moderner  
159 Technologien entscheidend. Eine tatsächlich dezentrale Verwaltung erfordert den  
160 Ausbau von eGovernment und der dafür nötigen Systeme. Vieles kann dann der Bürger  
161 von zu Hause erledigen, der Sachbearbeiter im Bürgeramt kann durch Unterstützung  
162 von IT-Systemen, die heute schon im Behördenruf 115 im Wachsen sind, fast alle  
163 Anfragen zu den meisten Themen beantworten. Auch Spezialfälle wie komplexere  
164 Fragen im Standesamtsbereich oder zu Fragen des Baurechts könnten durch fallweise  
165 Hinzunahme der entsprechenden Experten beispielsweise über Videokonferenzen direkt  
166 gelöst werden. Wesentlich ist auch hier wieder der Aufbau einer landesweiten  
167 zeitgemäßen Netzwerkinfrastruktur in Form eines Glasfasernetzes.

168

169 Dezentralität und Bürgernähe bedeutet für uns auch, dass die heutigen Gemeinden ein  
170 hohes Maß an Selbstverwaltungsrechten behalten. Sie sollen nach unserem Modell  
171 weiterhin über einen eigenen direkt gewählten Bürgermeister verfügen. Ihm soll auch ein  
172 Stab zur Seite gestellt werden, der sich gemeinsam um die Angelegenheiten vor Ort  
173 kümmert. Insbesondere soll es auch weiterhin einen eigenen Rat geben, der auch über  
174 eigene Kompetenzen und ein Teilbudgetrecht verfügen muss. Beispielsweise soll es ein  
175 Mitspracherecht bei örtlichen öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Kitas,  
176 Schwimmbädern und Sportstätten, eine Einbindung bei größeren Baumaßnahmen und  
177 der Planung von Neubau- und Gewerbegebieten geben sowie das Recht zur Vergabe  
178 von Zuschüssen für örtliche Vereine und karitative Einrichtungen. Die auch zukünftig  
179 starke Stellung der heutigen Umlandgemeinden soll auch im Namen zum Ausdruck  
180 kommen: Diese könnten z.B. Bezirksgemeinden oder einfach auch weiter Gemeinden  
181 heißen.

182

183 *Eine dezentrale Großstadt bietet mehr und bessere öffentliche Leistungen*

184

185 Auch wenn eine effizientere Verwaltung alleine die Finanzprobleme der Kommunen im  
186 Regionalverband nicht lösen wird, sie schafft zweifellos finanzielle Spielräume für  
187 Investitionen, die den Bürgerinnen und Bürgern im Regionalverband zu Gute kommen  
188 können.

189

190 Die Ineffizienz der Verwaltungsstruktur im Regionalverband und seinen  
191 Mitgliedskommunen ist aber nicht nur deshalb ein Problem, weil sie unnötige Kosten  
192 verursacht. Sie ist auch deshalb unbefriedigend, weil die gesellschaftlichen Ziele, die  
193 durch die Verwaltung erreicht werden sollen, infolge des vorhandenen  
194 Kompetenzdschungels und der hierdurch entstehenden Reibungsverluste häufig verfehlt  
195 werden.

196

197 Gerade in den Bereichen Bildung und Soziales ist das äußerst problematisch. Denn hier  
198 bündeln sich die Probleme sowie die Handlungsmöglichkeiten bei der Landeshauptstadt  
199 Saarbrücken, die Kompetenzen liegen aber beim Regionalverband. Auch im  
200 Kinderbetreuungs- und Schulbereich kommt es zu Reibungsverlusten. Hier ist der  
201 Regionalverband zuständig für die Planung im Kindertagesbereich, die Kommunen sind  
202 dagegen für die Grundschulen verantwortlich, während der Regionalverband dann  
203 wieder für die weiterführenden Schulen zuständig ist – und das, obwohl sich die Schulen  
204 teilweise am gleichen Standort befinden.

205

206 Der Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs ist ein anderes Paradebeispiel dafür,  
207 bei dem die derzeitige Verwaltungsstruktur unnötige Mittel für eine schlechte Leistung  
208 verschluckt. Die Folgen des vorhandenen Kompetenzdschungels sind bekannt:  
209 schlechte Anbindungen, eine unabgestimmte Taktung, eine ungerechte Wabenstruktur  
210 und eine unfaire Finanzierung. In einer dezentralen Großstadt gäbe es hingegen nur

211 noch einen Verantwortlichen, der das Angebot des Öffentlichen Personennahverkehrs an  
212 die neue Verwaltungsstruktur einer dezentralen Großstadt Saarbrücken anpassen  
213 müsste. Das muss sich aus unserer Sicht nicht zuletzt darin widerspiegeln, dass eine  
214 gute Erreichbarkeit aller Teile der neuen Großstadt Saarbrücken gewährleistet ist und  
215 nicht zuletzt die Wabenstruktur dem neuen Verwaltungsraum angepasst wird. Dies wäre  
216 gerade für die Bürgerinnen und Bürger der heutigen Umlandgemeinden mit spürbaren  
217 Vorteilen verbunden.

218

### 219 *Eine dezentrale Großstadt eröffnet bessere wirtschaftliche Perspektiven*

220

221 Eine dezentrale Großstadt Saarbrücken würde nicht nur Einsparpotentiale eröffnen und  
222 Spielräume für Ausgaben in die Infrastruktur schaffen. Sie hätte auch den Vorteil, dass  
223 sowohl die Landeshauptstadt als auch die heutigen Umlandgemeinden für Investoren  
224 und Ansiedlungsinteressenten attraktiver würden. Wegen seiner zu geringen Einwohner-  
225 zahl fällt Saarbrücken heute bei großen Ansiedlungsinteressenten häufig bei der Stand-  
226 ortentscheidung durch das Raster. Die Schaffung einer größeren Verwaltungseinheit  
227 würde dieses Problem lösen. Das bedeutet zugleich, dass auch die heutigen Umlandge-  
228 meinden als Teile dieser Großstadt Saarbrücken hiervon profitieren würden. Sie wären  
229 keine Provinzstandorte mehr, sondern würden zu Standorten in einer Großstadt.

230

231 Schließlich würde eine gemeinsame Wirtschaftsförderung für die Kommunen des Regio-  
232 nalverbands den ineffizienten Wettbewerb der Kommunen untereinander um Ansied-  
233 lungsinteressenten beenden. Darüber hinaus würde der Mangel an Gewerbeflächen,  
234 den die Landeshauptstadt Saarbrücken derzeit beklagt und weswegen die Verwaltung  
235 prüft, Naherholungsgebiete für Industrieflächen zu opfern, beseitigt. Denn im Gegensatz  
236 zum Saarbrücker Zentrum sind im Umland Saarbrückens freie Flächen für Gewerbe und  
237 Industrie vorhanden. Von den höheren Gewerbesteuererinnahmen würden alle in der  
238 Großstadt Saarbrücken profitieren.

239

### 240 *Eine dezentrale Großstadt beinhaltet ein Mehr an Mitbestimmung*

241

242 Die Umwandlung des Regionalverbands Saarbrücken in eine dezentrale Großstadt  
243 Saarbrücken würde für die Bürgerinnen und Bürger der heutigen Umlandgemeinden  
244 Saarbrückens auch demokratische Verbesserungen bringen. Denn was in der Lebens-  
245 wirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger schon längst existiert, würde so auch in der Ver-  
246 waltung realisiert. Der Ballungsraum Saarbrücken ist bereits heute im Wesentlichen ein  
247 einheitlicher Siedlungs-, Wirtschafts-, Arbeits-, Bildungs- und Kulturraum. Das belegen  
248 nicht nur die Verkehrsströme, denn Saarbrücken weist eine der höchsten Pendlerquoten  
249 der Republik auf. Auch das kulturelle Leben sowie die Bildungs- und Gesundheitsinstitu-  
250 tionen sind vielfach auf das Zentrum Saarbrücken bezogen.

251

252 Das bedeutet: Durch die Schaffung einer gemeinsamen Verwaltungseinheit für die Kom-  
253 munen des heutigen Regionalverbands haben die Bürgerinnen und Bürger der heutigen  
254 Umlandgemeinden dann auch die Möglichkeit, darüber zu bestimmen, was in Saar-  
255 brücken geschieht. Sie können darüber mitbestimmen was in „ihrer“ Stadt passiert – der  
256 Stadt, in der sie arbeiten, einkaufen, ausgehen, Parkplätze suchen, die Saarbahn nut-  
257 zen, zur Schule gehen, Feste und Festivals feiern, studieren, Sport treiben, soziale Ein-  
258 richtungen aufsuchen, schwimmen gehen, wirtschaften, Kulturangebote wahrnehmen,  
259 sich im Krankenhaus behandeln lassen, Sportveranstaltungen besuchen etc. Weil auch  
260 die heutigen Kommunalparlamente in der neuen dezentralen Großstadt bestehen blie-  
261 ben und weiterhin Kompetenzen hätten, bedeutet das, dass die dezentrale Großstadt  
262 demokratischer wäre und mehr Mitbestimmung ermöglichen würde als dies heute der  
263 Fall ist.

11

12

264

265 *Eine dezentrale Großstadt wäre gerechter finanziert*

266

267 Eine solche dezentrale Großstadt hätte zudem den Vorteil, dass auch die Finanzierung  
268 der Infrastruktur gerechter wäre als sie es heute ist. Dadurch, dass Saarbrücken schon  
269 heute das Zentrum für viele Bürgerinnen und Bürger der Umlandgemeinden ist, finanzie-  
270 ren die Saarbrückerinnen und Saarbrücker viele kulturelle, soziale, verkehrspolitische  
271 und ähnliche Aufgaben, die auch den Umlandkommunen zu Gute kommen. Dieses Un-  
272 gleichgewicht in der Finanzierung wird dadurch verschärft, dass gerade einkommens-  
273 stärkere Menschen und Familien ins Umland ziehen, wo die dortigen Städte und Ge-  
274 meinden – immer noch in Nähe zur Saarbrücker City - zahlreiche, attraktive und relativ  
275 preiswerte Bau- und Wohnangebote vorhalten und dann zwar die Infrastruktur Saar-  
276 brückens nutzen, ihre Steuern aber nicht mehr hier zahlen. Durch die Schaffung einer  
277 Verwaltungseinheit würden die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Steuern „ihre“ Stadt fi-  
278 nanzieren.

279

280

281 Mit unserem Konzept der dezentralen Großstadt Saarbrücken wollen wir weder am  
282 Service sparen, noch an der Bürgernähe, noch an den Leistungen, noch an der  
283 Demokratie, und auch nicht an der Identität – aber wir wollen überflüssige  
284 Verwaltungshierarchien verschlanken und Synergien sinnvoll nutzen. Wir wollen keine  
285 Selbstverwaltungsrechte der Umlandgemeinden abschaffen, aber einheitliche Aufgaben  
286 einheitlich erledigen. Wir wollen Bürgernähe stärken und Verwaltung verschlanken. Wir  
287 wollen gute Kitas und Schulen, einen attraktiven ÖPNV und gute Rahmenbedingungen  
288 für die Wirtschaft statt einer aufgeblähten, ineffizienten Verwaltung. Wir wollen  
289 Zukunftsdenken statt Kirchturmdenken. Deshalb wollen wir eine dezentrale und  
290 bürgernahe Großstadt Saarbrücken.